



„Von der Machtpolitik zur Weltbürgergesellschaft“



Christian Spieß

So war vor mehr als 20 Jahren der Aufsatz von Jürgen Habermas über die militärische Intervention der NATO im Kosovo-Konflikt, also über die Bombardierung Belgrads, überschrieben (Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX, 27–39) – und eine zuvor in der ZEIT erschienene Variante des Textes gar „Bestialität und Humanität“ (ZEIT vom 29. April 1999). Dabei stand „Bestialität“ für „Mord, Tod und Vertreibung“ durch das von Slobodan Milošević geführte jugoslawische Regime im Kosovo, „Humanität“ dagegen für das letztlich auch von der „Operation Allied Force“ der NATO verfolgte Ziel der Beendigung dieser „ethnischen Säuberung“. Für Habermas ging damals, also mit dem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr im Rahmen des ersten Krieges der NATO, der kein Bündnisfall war, „die lange Periode einer Zurückhaltung zu Ende, die sich den zivilen Zügen der deutschen Nachkriegsmentalität eingepägt hat. Es ist Krieg.“ (Habermas, Von der Machtpolitik zur Weltbürgergesellschaft, 27) Die NATO-Operation des Jahres 1999 war aus friedensethischer und völkerrechtlicher Perspektive (auch mit den klassischen Kriterien der Lehre von einem „gerechten Krieg“) nur schwierig und sehr kompliziert zu rechtfertigen – weit schwieriger jedenfalls als heute die militärische Verteidigung der Ukraine gegen den Angriff durch die Russische Föderation. Weder war das Kriterium einer „legitimen Autorität“ erfüllt, weil kein UNO-Mandat oder irgendetwas Vergleichbares vorlag, noch konnte das Kriterium der Verhältnismäßigkeit eindeutig positiv beantwortet werden, sondern es blieben „nagende Zweifel“ (vgl. ebd. 30 f.). Die NATO griff nach Maßstäben des Völkerrechts in einen inner-

staatlichen Konflikt, in innere Angelegenheiten der Bundesrepublik Jugoslawien ein. Rechtfertigen konnte man das nur mit dem Hinweis auf eine sich kosmopolitisch entwickelnde Menschenrechtspolitik, die von Habermas wiederum als möglicher „Sprung auf dem Weg des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft“ gedeutet werden konnte (ebd. 29). Zwar dürfe die „Selbstermächtigung der NATO [...] nicht zum Regelfall werden“; diese sei aber im Übergang in den „weltbürgerlichen Zustand“ zu rechtfertigen, weil „die terroristische Zweckentfremdung staatlicher Gewalt [...] den klassischen Bürgerkrieg in ein Massenverbrechen [verwandelt]. Wenn es gar nicht anders geht, müssen demokratische Nachbarn zur völkerrechtlich legitimierten Nothilfe eilen dürfen.“ (Ebd. 38 f.)

Bemerkenswert daran ist nicht nur die Semantik – *Wandel der zivilen Nachkriegsmentalität; es ist Krieg; Ende der militärischen Zurückhaltung* –, die verblüffend an heutige Diskurse erinnert, sondern mehr noch der damals zuversichtliche Blick Habermas' auf die geopolitische Entwicklung, der sich völlig von den meisten Interpretationen der heutigen Situation unterscheidet. Trotz der verfahrenen Situation und der „Bestialität“ im zerfallenden Jugoslawien, interpretierte er die Lage in einem positiven Narrativ: als „Sprung“ von einer aus seiner Sicht eher an der möglichen Konfrontation ausgerichteten, auf dem Völkerrecht der Nationalstaaten beruhenden

Machtpolitik zu einer die postnationale Konstellation gewissermaßen vorwegnehmenden Weltinnenpolitik, die auf der Idee einer Weltgesellschaft und einer (auch) transnational strukturierten Politik basiert, eben der Weltbürgergesellschaft. Angesichts des Überfalls der Russischen Föderation auf die Ukraine dominieren heute in der Regel – gemessen an Habermas' Optimismus – negative Narrative, und man konstatiert etwa eine „Rückkehr der Machtpolitik“ (Claudia Major, Herfried Münkler u. a.). Eher in diesem Perspektivwechsel vom liberal-demokratischen Fortschrittsoptimismus zum geopolitischen Pragmatismus als in der Tatsache, dass wieder Krieg ist in Europa, dürfte die *Zeitenwende* liegen. Und wieder möchte man aus guten Gründen mit Habermas, nun allerdings unter umgekehrten Vorzeichen, sagen: Wenn es gar nicht anders geht ...

Die christlich-sozialethische Tradition kann auf eine reiche, verzweigte Theoriebildung zur Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden, Sicherheitspolitik und globalen Machtarchitekturen verweisen. Dafür, dass diese Tradition auch in den letzten Jahrzehnten lebendig gehalten wurde und heute wichtige Orientierungshilfe bietet, steht in besonderer Weise das Hamburger *Institut für Theologie und Frieden*, das dieses Heft prägt und dessen Leitender Direktor Gerhard Justenhoven auch inhaltlich in das Thema einführt.